



Stadtparlament berät aktuelle Corona-Lage

In den vergangenen Wochen haben sich die Nachrichten und Ereignisse im Zusammenhang mit der Pandemie geradezu überschlagen. Hin und her in Sachen Osterruhe, Testchaos an Schulen und Kitas, schleppender Fortschritt bei den Impfungen, Astra Zeneca ja/nein/ vielleicht... Deshalb haben DIE LINKE sowie weitere Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung eine Sondersitzung für den 21. April beantragt, damit sich die Stadtpolitik fundiert mit der aktuellen Lage in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen befassen kann.

Ein Novum ist die Tagung des Stadtparlaments als reine Online-Sitzung. Diese begann mit einem Überblick über die aktuellen Zahlen zum Infektionsgeschehen in Cottbus durch die Amtsärztin, Christiane Glosemeyer.

Manuel Helbig, Leiter des Ordnungsamtes, verwies auf die umfangreichen Kontrollen der Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen. Innerhalb des ersten Pandemiejahres wurden 725 Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten eingeleitet. Besonders kritikwürdig ist dabei, dass hartnäckige Corona-Leugner*innen verstärkt mit Aggressivität und Gewalt gegen die Ordnungskräfte reagieren.

Dr. Götz Brodermann, Geschäftsführer des Carl-Thiem-Klinikums (CTK), hat mit drastischen Zahlen auf die Versorgungslage hingewiesen. Derzeit sind, trotz der Aussetzung elektiver

Behandlungen, die Intensivstationen am Rande ihrer Belastungsgrenze. Sein Appell war deutlich: Das Krankenhaus ist nie wirklich aus der sogenannten zweiten Welle herausgekommen und die aktuelle dritte Welle droht „on top“ hinzuzukommen. Deshalb wünschen sich die Mediziner*innen Vorsicht, Rücksichtnahme und Impfbereitschaft in der Bevölkerung.

Der IHK-Hauptgeschäftsführer Marcus Tolle verwies auf die Lage der Wirtschaft, deren Leistung im Jahr 2020 in Brandenburg um 3% gesunken ist. Während die Industrie ihre positive Entwicklung fortsetzen konnte, ist die Situation in Gastronomie und Einzelhandel gravierend. Für das Hotel- und Gaststättengewerbe wird allerdings mit einer Erholung nach Ende der Pandemie gerechnet – zumindest für jene, die solange durchhalten konnten. Pessimistischer blickt hingegen der Einzelhandel in die Zukunft, da sich das Konsumentenverhalten nachhaltig geändert haben könnte.

Als einen „Schlüssel zur Pandemieeindämmung“ bezeichnete Maren Dieckmann, Sozialdezernentin der Stadt, das Testen an Schulen und Kitas, um hier entstehende Infektionsketten schnellstmöglich zu unterbrechen. Die Aussage vom Beginn der Pandemie, dass diese Einrichtungen kein Infektionstreiber seien, stimme mit Blick auf die Zahlen nicht mehr. Allein seit Januar haben sich die

Infektionszahlen an Schulen und Kitas verdreifacht.

In der Kultur gibt es eine Zweiteilung: Öffentlich geförderte Einrichtungen erhalten unverändert ihre Mittel und sind nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Für den großen Bereich der Kulturwirtschaft – von privaten Einrichtungen bis zu freischaffenden Künstler*innen – braucht es hingegen dringend eine zielgerichtete Unterstützung. Viele von ihnen fallen bei den Überbrückungshilfen des Bundes durch das Raster und sind in ihrer Existenz bedroht.

Tobias Schick, Geschäftsführer des Stadtsportbundes, macht die schwierige Situation der Vereine deutlich. Während im Leistungssportbereich große Hoffnungen auf den Olympischen Sommerspielen in Tokio ruhen und Energie Cottbus an einem grund-

sätzlichen Sanierungskonzept arbeitet, haben Vereine im Bereich Gesundheits- und Rehasport einen eklatanten Mitgliederverlust. Vereine des Breitensports appellieren, dass Training unter freiem Himmel ermöglicht wird.

Als eine ergänzende Maßnahme für eine zuverlässige Kontaktnachverfolgung wurde die LUCA-App debattiert. Auch wenn durch die Herausgeber noch „Hausaufgaben“ in Sachen Datenschutz zu erledigen sind, kann sie einen Beitrag für eine schnelle und effiziente Unterbrechung von Infektionsketten leisten.

Dies allerdings kann keine Begründung für zusätzliche Öffnungen trotz hoher Inzidenzen sein. Vielmehr ist sie ein Beitrag zur Reduzierung des Infektionsgeschehens, in deren Folge Öffnungen möglich sind.

Christopher Neumann

+++ NEWS +++ NEWS +++ NEWS +++

Bundestagswahl 2021
Listenplatz 1

Wir sind happy! Herzlichen Glückwunsch. Deine Lausitzer

#WirZusammen
 Alle weiteren Infos: www.dielinke-lausitz.de

#rotkehlichen

Auf die Straße, fertig, los!

Kämpfen lohnt immer!



von Marco Bedrich
Geschäftsführer DGB
Südbrandenburg/Lausitz

Der 01. Mai ist der traditionelle bundesweite Kampftag der Gewerkschaften. Wir alle kennen die Bilder vom Brandenburger Tor. Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind auf der Straße und kämpfen für ihre Rechte.

Auch in der Lausitz geht es normalerweise immer gemeinsam auf den Platz am Stadtbrunnen. Allerdings ist die Welt seit etwas mehr als einem Jahr nicht mehr die Gleiche. Große Kundgebungen fallen uns schwer und stellen während der Pandemie immer eine Gefahr für die Teilnehmer dar. Gewerkschaften verlieren ohne Demos aber ihre stärkste Waffe.

Wir waren schon immer am stärksten, wenn wir unzählige Menschen auf die Straße und vor das Werkstor gebracht haben und mit lauten Trillerpfeifen für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gekämpft haben. Unsere Botschaften sind immer dann am stärksten, wenn Städte durch Demos lahm gelegt werden und am Abend die Tageschau darüber berichtet.

Und ja, unsere Streiks führen manchmal dazu, dass Flughäfen zur besten Reisezeit vorübergehend den Betrieb einstellen müssen. Für uns sind gute Arbeitsbedingungen einfach wichtiger, als ein pünktlicher Flug nach Mallorca. Die Pandemie nimmt uns diese sichtbare Stärke.

Trotzdem würde es den Menschen in diesem Land ohne Gewerkschaften wesentlich schlechter gehen. Es lohnt an der Stelle nachzudenken, warum wir wirtschaftlich und gesellschaftlich voraussichtlich mit einem blauen Auge durch die Pandemie kommen. Kurzarbeitergeld, Kinderkrankentage, Lohnfortzahlung während der Quarantäne, Mindestlohn, gesetzliche Regelungen im Homeoffice, Gratis Masken und Tests für Beschäftigte, steuerfreie Corona-Sonderzahlungen, etc. Das alles würde es ohne starke Gewerkschaften nicht geben. Gute Tarifverträge stocken das Kurzarbeitergeld für die Beschäftigten auf und geben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sicherheit und Perspektive.

Auch Betriebsräte und Personalräte haben ihren Anteil daran. Durch kluge Betriebsvereinbarungen wurde Schlimmeres verhindert. Es ist bewiesen, dass Unternehmen mit Betriebs- oder Personalräten besser durch die Krise kommen. Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet im Krisenfall eben auch Sicherheit für die Arbeitgeber.

Ein Blick in die Zukunft zeigt: Corona werden wir überstehen. Und wir können auch Positives aus der Krise mitnehmen. Wir haben einen riesigen Sprung bei der Digitalisierung gemacht und Homeoffice ist bei den Arbeitgebern kein Tabu-Thema mehr. Schulen werden modernisiert und mit digitalen Lernmethoden ausgestattet.

Der Fokus auf Gesundheit und Pflege wird wieder geschärft. Die Privatisierung von Krankenhäusern wird hinterfragt. Und gute Arbeit ist nicht mehr nur mit Geld, sondern auch mit Ethik verbunden. Die Transformation der Arbeit kündigt sich mit großen Schritten an.

Wir werden in Zukunft nicht nur eine Transformation der Arbeit erleben. Die ganze Industrie steht vor einem Wandel.

In der Lausitz sind wir hautnah dabei, wenn aus einer stolzen Kohleregion eine stolze Energieregion wird. Der Kohleausstieg wird keine leichte Aufgabe, aber die Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung der Region sind zu erkennen. In der Kohlekommission haben die Vertreter der Gewerkschaften für eine Perspektive der vom Kohleausstieg betroffenen Menschen in der Lausitz gekämpft. Unzählige Demonstrationen mit tausenden Betroffenen haben im Rahmen der Kohlekommission stattgefunden. Das Ziel war immer klar: Die Lausitz muss eine ehrliche Chance bekommen den Strukturwandel sozial-

verträglich zu bewältigen und daraus gestärkt hervorzugehen. Dass Bundesministerien das Geld für den Strukturwandel nutzen, um ihre eigenen Projekte außerhalb der Lausitz zu finanzieren ist nicht hinnehmbar. Diese Selbstbedienung führt zu Unverständnis und Enttäuschung bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Lausitz. In der Lausitz arbeiten viele Menschen hart für eine Perspektive der Region und ihrer Bewohner. Akzeptanz für den Strukturwandel zu schaffen ist eine große Herausforderung. Dieser Herausforderung müssen wir uns alle gemeinsam stellen.

Als die Kohlekommission ihre Arbeit aufgenommen hat, stand das Bahnwerk in Cottbus vor dem Aus. Am Ende steht der Ausbau und die Schaffung von 1.200 gut bezahlten Industriejobs auf dem Papier.

Auf der Straße stehen und kämpfen lohnt sich also immer!

OLAF SCHOLZ
VIZEKANZLER & SPD-KANZLERKANDIDAT
DGB

REINER HOFFMANN
DGB-VORSITZENDER - VIDEOBOTSCHAFT
nAund

EINMALIG IN DEUTSCHLAND!

**1. MAI COTTBUS
TAG DER ARBEIT
IM AUTOKINO**

13 BIS 15 UHR EINLASS AB 12 UHR
EINTRITT KOSTENFREI
LAUSITZPARK MADLOWER CHAUSÉE 4, COTTBUS

Gerechtigkeit muss nahe liegen!

www.arbeitsgerichte-retten.de

Arbeitsgerichte in Gefahr Und was wir dagegen tun.

Kurz vor Weihnachten wurde über die Presse bekannt, dass die Justizministerin 2023 drei der sieben Arbeitsgerichtsstandorte in Brandenburg schließen will: Eberwalde, Potsdam und Senftenberg. Verbleiben sollen Frankfurt/Oder, Neuruppin, Cottbus und Brandenburg an der Havel. Zusätzlich (statt der genannten Standorte) sollen Gerichtstage in Perleberg, Eberswalde, Potsdam, Luckenwalde, Senftenberg an den dortigen Gerichten abgehalten werden. Inzwischen liegt ein entsprechender Gesetzentwurf vor. Er soll voraussichtlich noch im Mai verabschiedet werden.

Die Linksfraktion fordert, diese Pläne zu stoppen und mit den Betroffenen einen Zukunftsdialog zu führen. Auch die Rechtsanwaltskammer, ehrenamtlichen Richter*innen, Gewerkschaften, DGB und Verdi, der DBB, Unternehmensverbände, Bürgermeister*innen, etc. unterstützen unseren Protest. Bei einem Fachgespräch im Landtag Mitte April, sprachen sich 5 der 7 eingeladenen Expert*innen gegen den Gesetzentwurf aus. Trotzdem hält die Koalition an Ihren Plänen fest. Gerichte sind wie Krankenhäuser Teil der staatlichen Daseinsfürsorge. Sie müssen vor Ort sein,

gut erreichbar und dürfen nicht wirtschaftlichen Betrachtungen unterworfen werden.

Warum der Protest?

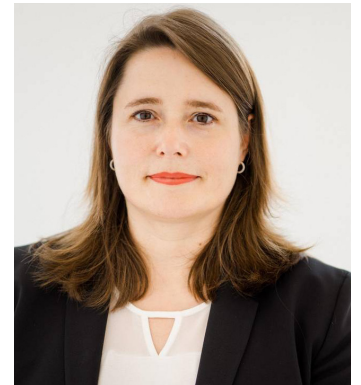
Die Corona Krise hat deutlich gemacht, dass staatliche Institutionen krisenfest und auch in der Fläche vorhanden sein müssen. Bereits jetzt ist z.B. in Potsdam, ein deutlicher Anstieg arbeitsrechtlicher Mandate zu verzeichnen. Hinzu kommen die Ansiedlung großer Unternehmen wie Tesla und der Flughafen Willy Brandt. Die Aufarbeitung der Corona Krise, auch die zunehmende Digitalisierung wird Umbrüche in vielen Branchen über die nächsten Jahre mit sich bringen. Auch deshalb ist der Zeitpunkt des Reformvorschlages – auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie – und pünktlich zum 30. Jubiläum der Errichtung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Land Brandenburg ein großer Fehler.

„Arbeitsgerichtsbarkeit heißt so, weil dort gearbeitet wird“ lautet es und tatsächlich gibt es hier die kürzesten Verfahrensdauern von unter 6 Monaten. Während andere Bereiche der Justiz Altfälle abarbeiten, die sich angehäuft haben, wird hier schnell und effizient Rechtsschutz gewährt. Gerade dieser Rechtsschutz für sozial Schwächere und die kurzen Verfahrenslaufzeiten

sind aber nun in Gefahr. Im Arbeitsrecht vertreten sich ein großer Teil der Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen selbst, die (Fahrt-) Kosten muss in der ersten Instanz jeder selbst tragen. Viele können sich keinen Anwalt leisten, die Streitwerte sind häufig gering. Bisher können die Betroffenen zum Arbeitsgericht vor Ort gehen und bei den besonders ausgebildeten Mitarbeiter*innen in der Rechtsantragsstelle Hilfe bei der Klageeinreichung erhalten. Das ist dann nicht mehr möglich. Viele Menschen, gerade im Niedriglohnbereich, werden dann auf ihr Recht verzichten. Das darf nicht sein!

Folgen für die Bürger*innen, das Personal und ehrenamtliche Richter

Die von der Koalition vorgeschlagenen Gerichtstage sind kein Ersatz für bestehende Gerichtsstandorte und kein Zeichen für Bürgernähe. Sie erfordern einen erhöhten Personalaufwand und alle Beteiligten müssten viele hunderte Kilometer übers Land fahren, was unter Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten eine aus der Zeit gefallene Idee ist. Gerichtstage gab es schon einmal, sie haben sich in den 90er Jahren nicht bewährt und wurden abgeschafft. Die Schließungen der Standorte und die Reisetätigkeit wird



von Marlen Block
Rechtspolitische Sprecherin
DIE LINKE im Landtag

zu einer Belastung aller Beteiligten, viele werden dafür nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wie richtig wir mit unserer Forderung liegen, zeigt der Umfang Protestbekundungen von vielen Seiten. Diese Unterstützung zeigt, welche wirklich gute und bürgernahe Arbeit bei den Arbeitsgerichten von allen Beteiligten geleistet wird, dafür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Der Rechtsstaat, die Arbeitnehmerinnenrechte dürfen gerade jetzt nicht geschwächt werden, sonst profitieren Kräfte, die Demokratie und Rechtsstaat verächtlich machen.

Wir als Linksfraktion wollen ein Zeichen für Arbeitnehmerinnenrechte und den Erhalt von Gerichtsstandorten setzen.

Deshalb unterstützt unsere Forderungen auf www.arbeitsgerichte-retten.de und unterschreibt die Petition!!

Cottbus – das neue Tübingen?

Oberbürgermeister Holger Kelch hält an der Idee fest, Cottbus zur Modellstadt für Öffnungen zu machen. Auch damit hat sich die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sondersitzung befasst. So verständlich der Wunsch nach mehr Normalität ist, darf die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung in der Region nicht aus den Augen verloren werden. Christopher Neumann kommentiert.

Im Bezug auf die Idee des Oberbürgermeisters Holger Kelch, Cottbus zu einer Modellstadt für Öffnungen zu machen, wurde der damit verbundene Spagat deutlich: Einerseits muss die gesundheitliche Versorgung sichergestellt und eine Steigerung der Infektions- und Todeszahlen verhindert werden, andererseits sollen Perspektiven für eine Rückkehr zu mehr Normalität ermöglicht werden. Antworten,

wie dieser Widerspruch in einer möglichen Modellstadt Cottbus aufgelöst werden kann, blieb er in der Stadtverordnetenversammlung schuldig. Seine Behauptung, es gäbe im Zusammenhang mit der Pandemie „keine abschließenden, eindeutigen, unumstößlichen Antworten und Wahrheiten“, scheint dabei hemdsärmlich. Dass sich dieses Virus durch persönliche Kontakte verbreitet, dass 30% der mit Corona ins CTK „eingelieferten“ Patient*innen das Haus nicht mehr lebend verlassen und dass Portugal nach einem Lockdown zur Normalität zurückkehren konnte, sind unumstößliche Tatsachen.

Fortlaufend an alternativen Wegen und einer Anpassung der Maßnahmen an die konkreten Infektionswege und -hotspots zu arbeiten, ist dennoch richtig. Die Vorbereitung auf mögliche Freigaben für Geimpfte und Geteste-



te, sobald allen Menschen ein Impfangebot gemacht werden konnte, ist ebenso gut. Die bisherigen Ankündigungen jedoch haben wieder einmal Erwartungen geweckt, die in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden können. Der Weg hin zu Öffnungen und Normalität ist ein Marathon, kein Sprint. So ist ein Zeitpunkt zur Vorstellung des Modellstadt-Konzepts heute noch nicht absehbar – von dessen Umsetzung ganz zu schweigen.

Im bisherigen Verlauf der Pandemie lag ein entscheidendes Defizit in der öffentlichen Kommunikation. Mögliche Perspektiven für die kommende Zeit, Ursachen für einzelne Entscheidungen, Gründe für Missstände und die Komplexität dieser Pandemie können von den Menschen nur nachvollzogen werden, wenn sie transparent debattiert werden. Insofern war die Sonderstadtverordnetenversammlung ein Zugewinn.

Bundestagswahl 2021

#WirZusammen

Wahlkampfspenden!

Spendenkonto der Partei DIE LINKE. Kreisverband Lausitz
IBAN: DE48 1805 0000 3305 1027 80
Sparkasse Spree Neiße Zahlungsgrund:
Spende Wahlkampf, Vorname, Name, Adresse

Bürgerbeteiligung - eine Selbstverständlichkeit?

Die Herausforderungen des Strukturwandels sind für unsere Region enorm.

Diese Tatsache ist über Parteigrenzen hinweg unbestritten. Um diesen anspruchsvollen Transformationsprozess zum Erfolg zu führen, haben Bundestag und Bundesrat das Strukturstärkungsgesetz beschlossen. Seit Anfang des Jahres 2021 befinden wir uns nun in der Umset-

zungsphase, die bis 2038 andauern soll. Die Landkreise, Städte und Gemeinden der Lausitz sind gefragt ihre Projektideen und Vorschläge zur nachhaltigen Umgestaltung bei der Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) einzureichen. Die Einbeziehung der gewählten kommunalen Abgeordneten in diesen Prozess sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Für SPD, CDU und

Grüne gilt das leider nicht. So lehnten die drei Fraktionen in der Aprilsitzung des Sonderausschusses „Strukturentwicklung für die Lausitz“ unseren Antrag zur Durchführung von Lausitzkonferenzen als Informationsveranstaltungen für Kommunalpolitiker mit der Koalitionsmehrheit schroff ab. Wenn es aber nicht gelingt, die gewählten kommunalen Volksvertreter

umfänglich zu informieren und sie zur Mitarbeit einzuladen, wie soll dann der Strukturwandel auf regionale Akzeptanz stoßen und gedeihen?

DIE LINKE wird im Sonderausschuss Lausitz weiterhin auf die stärkere und strukturelle Einbeziehung der kommunalen Ebene drängen, auch wenn die Koalition Selbstverständlichkeiten verweigert.

Matthias Loehr